



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin

Pressemitteilung

Annette Widmann-Mauz MdB: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird 65 - doch Menschenrechte gehen nicht in Rente!

Berlin, 9.12.2013
Anlagen: keine

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember 2013 erklärt die Wahlkreisabgeordnete Tübingen-Hechingens, Annette Widmann-Mauz MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit:

„Obwohl die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte dieses Jahr ihren 65. Geburtstag feiert, gehen Menschenrechte noch lange nicht in Rente. Jeder von uns kann jeden Tag seinen Beitrag dazu leisten, dass Menschenrechte rund um den Globus geachtet werden. Besonders gilt dies beim Einkauf in der Vorweihnachtszeit. Wer fair kauft, kann Menschenrechte weltweit schützen.“

Beim Einkauf geht es primär nicht nur darum, den eigenen Geldbeutel zu schonen. Vielmehr sollte man auch fragen, wie die Produkte hergestellt werden. Fairtrade-Siegel und ein waches Auge helfen dabei – nicht nur in der Vorweihnachtszeit.

Unter www.fairtrade-deutschland.de findet man beispielsweise eine Produktdatenbank und kann sich umfassend informieren, was faire Produktion bedeutet. Dahinter steht der gemeinnützige Verein TransFair mit bundesweit 34 Mitgliedsorganisationen. Als unabhängige Initiative handelt TransFair nicht selbst mit Waren, sondern vergibt das Fairtrade-Siegel für fair gehandelte Produkte auf der Grundlage von Lizenzverträgen.

„Mit Tübingen, Rottenburg und Mössingen haben wir drei starke Fairtrade-Städte im Wahlkreis, wo immer mehr fair gehandelte Produkte angeboten werden. Auch auf der Tübinger Chocohart stand dieses Thema wieder im Vordergrund“, meint Widmann-Mauz.

**Beispiel Spielzeug:**

Hauptproduktionsland von Kinderspielzeug ist derzeit China. Von Juni bis September läuft die Produktion von Weihnachtsgeschenken dort auf Hochtouren. Laut Amnesty International und ICTI-Care, einer gemeinnützigen Stiftung des Internationalen Verbandes der Spielzeugindustrie, sind deshalb Wochenarbeitszeiten jenseits der gesetzlichen Wochenarbeitszeit die Regel. Ihnen zufolge soll es sogar Fälle geben, in denen die Wochenarbeitszeit bis zur doppelten Stundenzahl anwächst. Existenzsichernde Löhne seien trotz der hohen Taktung auch noch kein Standard. Initiativen wie die deutsche Initiative „fair spielt“, die unter anderem von Misereor getragen wird, bietet hier eine wichtige Orientierung für Verbraucher. Sie bietet eine Übersicht über viele großen Spielzeugproduzenten und basierend auf Unternehmensumfragen Informationen darüber, ob und wie die Firmen im Herstellungsland zertifiziert sind. Mehr Informationen unter: <http://www.fair-spielt.de/>

Beispiel Schokolade:

Dem Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie zufolge verzehrt jeder Deutsche pro Jahr ungefähr 9,5 Kilo Schokolade. Der hierfür verwendete Kakao kommt aber aus Übersee und wird oftmals unter Bedingungen produziert, die keinesfalls unseren arbeits- und menschenrechtlichen Standards entsprechen. Kinderarbeit ist die Regel, nicht die Ausnahme. Angaben von TransFair zufolge ist die Elfenbeinküste der größte Kakaoexporteur der Welt und auch das wichtigste Lieferland für Deutschland. Dennoch gehört es zu den 20 ärmsten Staaten weltweit und es wird geschätzt, dass 600.000 Kinder unter sklavenähnlichen Bedingungen auf den Plantagen arbeiten. FairTrade-Label können daher einen wichtigen Beitrag leisten, Produktionsbedingungen für den Verbraucher sichtbar zu machen.

Beispiel Textilwaren:

Laut Amnesty International ist Bangladesch das Land mit der niedrigsten Lohnuntergrenze weltweit und in den Textilfabriken des Landes gehören 12-Stunden-Schichten zur Tagesordnung. Unendlich groß war die Bestürzung im Mai diesen Jahres als in Bangladesch eine Textilfabrik einstürzte und mehr als tausend Textilarbeiter ihr Leben verloren. Die Gebäudesicherheit wurde damals zu Lasten billiger Produktionskosten von vielen Unternehmen fast völlig außer Acht gelassen. Die EU, die Internationale Arbeitsorganisation und die Regierung von Bangladesch haben mittlerweile ein Abkommen unterzeichnet, das für mehr Schutz sorgen soll. Eine Selbstverpflichtung westlicher Unternehmen, ihre bangladeschischen Geschäftspartner in Punkto Gebäudesicherheit zu unterstützen, stoß indessen nicht bei allen westlichen Konzernen auf Zuspruch. Die deutsche Bundesregierung hatte es zusammen mit der Kampagne für saubere Kleidung angestoßen, um mit Nachdruck für mehr Fairness zu sorgen.